Betreff: AW: Gesundheitspolitik - Ambulante Versorgung
Von: <Y.Puersuen@ltg.hessen.de>
Datum: 02.11.2026, 18:58
An: <info@vfbh.de>, <Michael.Weidenfeld@laekh.de>
Kopie (CC): <W.Knell@ltg.hessen.de>, <S.Naas@ltg.hessen.de>

Sehr geehrter Herr Dr. Weidenfeld,

vielen Dank für Ihr an unseren Fraktionsvorstand gerichtetes Schreiben vom 19. Oktober. Ihr zentrales Anliegen teile ich: Eine verlässliche ambulante Versorgung braucht wirtschaftlich tragfähige Praxen, berufliche Unabhängigkeit und Planungssicherheit. Für Patientinnen und Patienten geht es dabei um erreichbare Behandlung, kürzere Wartezeiten und die Möglichkeit, medizinisch geeignete Leistungen wohnortnah in Anspruch zu nehmen.

Wer eine Praxis führt, Personal beschäftigt und in Ausstattung investiert, trägt Verantwortung und wirtschaftliches Risiko. Die Politik muss dafür verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Zusätzliche Meldepflichten schaffen für sich genommen keine zusätzliche Behandlungszeit. Die medizinische Dringlichkeit und die Versorgung bereits betreuter Patienten müssen bei der Organisation einer Praxis maßgeblich bleiben.

Die wirtschaftlichen Risiken für fachärztliche Praxen habe ich bereits im Juni mit meiner Kleinen Anfrage 21/4668 aufgegriffen. Dabei ging es ausdrücklich um Honorarverluste, Investitionen, Praxisnachfolgen und die Bereitschaft zur Niederlassung. Die Landesregierung konnte die Auswirkungen in ihrer Antwort im August noch nicht konkret prognostizieren. Gerade deshalb müssen Fehlentwicklungen frühzeitig erkannt werden, bevor Versorgungskapazitäten verloren gehen.

Auch mit unserem Antrag zur psychotherapeutischen Versorgung haben wir uns gegen Honorarkürzungen und für tragfähige Praxen, verlässlich finanzierte Weiterbildung und einen schnelleren Zugang zur Behandlung eingesetzt.

Zur Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung gehört für mich zugleich eine ehrliche Finanzierung. Der Bund muss die medizinische Versorgung von Menschen im Bürgergeldbezug kostendeckend aus Steuermitteln finanzieren. Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe darf nicht dauerhaft auf die Beitragszahler und Arbeitgeber abgewälzt werden. Dafür hat Sich meine Fraktion im Landtag eingesetzt. Ebenso notwendig sind Strukturreformen, die unnötige Abläufe und Doppelarbeit reduzieren.

Ihre Sorge hinsichtlich der Änderungen bei den Hybrid-DRG kann ich nachvollziehen. Entscheidend ist für mich, dass geeignete ambulante Behandlungen angemessen vergütet werden. Eine medizinisch unnötige Übernachtung darf wirtschaftlich nicht attraktiver sein als eine verantwortbare ambulante Versorgung. Praxen, die in ambulante Operationsmöglichkeiten investiert haben, brauchen verlässliche Perspektiven.

Bei der Notfallversorgung setze ich mich bereits für ein besseres Zusammenspiel von ärztlichem Bereitschaftsdienst, Rettungsdienst und Krankenhäusern ein – auch über Kreis- und Landesgrenzen hinweg. Menschen müssen schnell die passende Hilfe erhalten. Zusätzliche Aufgaben müssen personell und finanziell zu bewältigen sein und sinnvoll an vorhandene Angebote anknüpfen. Ebenso muss die hessische Krankenhausplanung berücksichtigen, welche zusätzlichen Leistungen die ambulante Versorgung tatsächlich übernehmen kann.

Vielen Dank, dass Sie die Erfahrungen der Freien Berufe in diese Debatte einbringen. Fachliche Eigenverantwortung, weniger Bürokratie und eine verlässliche Finanzierung sind für mich wesentliche Voraussetzungen dafür, dass mehr Zeit und Kraft für die Behandlung der Menschen bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Yanki Pürsün
Mitglied des Hessischen Landtages

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Gesundheit, Soziales, Sport und Integration
Vorsitzender des Untersuchungsausschusses UNA 21/1 Corona

Fraktion im Hessischen Landtag FDP

Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Telefon: (0611) 350 563
Fax: (0611) 350 570
Email: y.puersuen@ltg.hessen.de
https://fdp-fraktion-hessen.de/person/yanki-puersuen/

Von: VFBH Geschäftsstelle <vfbhessen@gmail.com>
Gesendet: Montag, 19. Oktober 2026 15:28
An: Knell, Wiebke (HLT) <W.Knell@ltg.hessen.de>; Naas, Dr. Stefan (HLT) <S.Naas@ltg.hessen.de>; Naas, Dr. Stefan2 (HLT) <S.Naas2@ltg.hessen.de>
Cc: Dr. Michael Weidenfeld - LÄKH <Michael.Weidenfeld@laekh.de>
Betreff: Gesundheitspolitik - Ambulante Versorgung

Sehr geehrte Frau Knell,
sehr geehrter Herr Dr. Naas,

im Auftrag unseres Präsidenten, Herrn Dr. Weidenfeld, übersende ich Ihnen anbei unser heutiges Schreiben vorab per E-Mail.
Das Schreiben im Original geht Ihnen in den nächsten Tagen auf dem Postweg zu.

Freundliche Grüße
i.A. Karin Eckert
- Geschäftsstelle -

VERBAND FREIER BERUFE in Hessen
Hanauer Landstr. 152
60314 Frankfurt

Tel.: 069/ 97 672-597
E-Mail: info@vfbh.de
www.vfbh.de